

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Industrieländer auf der Preiswoge

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1970) : Industrieländer auf der Preiswoge, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 4, pp. 249-255

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134110>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturpolitik

Industrielländer auf der Preiswoge

Günter Großer, Hamburg

Nachdem die Preissteigerungstendenzen in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr vielfach bagatellisiert worden waren, hat sich die Preisdiskussion schlagartig erhitzt, als bekannt wurde, daß der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte im Januar 1970 den größten Sprung innerhalb eines Monats seit Einführung der Mehrwertsteuer Anfang 1968 machte und sich damit innerhalb eines Jahres eine Erhöhung um 3,5% ergab. Die Tatsache erregte nicht zuletzt deshalb so großes Aufsehen, weil die Bundesregierung noch in dem erst Ende Januar veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht — etwas gewagt — als „Lohn der Aufwertung“ eine Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf rd. 3% für den Durchschnitt des laufenden Jahres angekündigt hatte.

Preisauftrieb in der Bundesrepublik ...

An sich ist auch die jetzt erreichte höhere Teuerungsrate keineswegs ein Novum für die Bundesrepublik. Sie wurde vor vier Jahren in der vergleichbaren Spätphase des damaligen Konjunkturaufschwungs bereits erheblich übertroffen, als die Preise für die Lebenshaltung im April 1966 sogar um 4,5% höher als vor Jahresfrist waren. Allerdings spricht einiges dafür, daß die Teuerungsrate im laufenden Jahr ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, zumal die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Februar dieses Jahres ihren entsprechenden Vorjahrsstand bereits um 6,2% (Konsumgüter allein um 4,2%) übertrafen. Auf dieser Stufe aber war die Verteuerung in der letzten vergleichbaren Konjunkturphase 1965/66 stets unter 3% geblieben.

Die starke Beschleunigung des Preisauftriebs seit dem vergangenen Herbst ist ein Symptom der konjunkturellen Übersteigerung, die sich im Laufe

des vergangenen Jahres herausbildete. Dazu trug wesentlich die Lähmung der Wirtschaftspolitik im Wahljahr bei. Um so ausgeprägter war dann in den letzten Wochen der innenpolitische Wettbewerb um die Rolle des besseren Stabilitätshüters. Dieser spezifische Hintergrund erklärt sicherlich die besondere Erhitzung der Preisdiskussion in der Bundesrepublik; im übrigen aber sind gegenwärtig Stabilitätssorgen kennzeichnend für fast alle westlichen Industrieländer. So stellte die OECD im November vergangenen Jahres in ihrem halbjährlichen Konjunkturbericht fest, daß sich der Preisauftrieb 1969 in allen größeren Mitgliedsländern beschleunigt habe, nachdem er bereits 1968 deutlich größer als im vorangegangenen Jahrzehnt gewesen sei, und daß er auch 1970 wahrscheinlich erheblich über den langfristigen Durchschnitt hinausgehen werde.

... geringer als in anderen Ländern

Tatsächlich ergibt ein internationaler Vergleich, daß auch zu Beginn des Jahres 1970 die Verteuerung der Lebenshaltung in der Bundesrepublik mit 3,5% geringer war als in den meisten anderen Industrieländern. Niedrigere Raten verzeichneten lediglich die Schweiz mit 2,3% sowie jetzt auch wieder die Niederlande mit 3,1%, nachdem hier Anfang des vergangenen Jahres die Einführung der Mehrwertsteuer einen außerordentlichen

Günter Großer, 38, Diplom-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Konjunktur“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). Er beschäftigt sich vor allem mit Fragen der internationalen Wirtschaftsentwicklung.

Preisstoß und anschließend eine staatliche Preisregulierung ausgelöst hatte. In den übrigen westeuropäischen Industrieländern waren die Verbraucherpreise im Januar 1970 überwiegend um 4–5% gestiegen – so in Österreich, Italien, Belgien, Schweden und Großbritannien –, in Frankreich sogar um 5,6%. Noch stärker war die Verteuerung der Lebenshaltung in den USA und Japan mit 6,2% bzw. 7,8%. Wenn demnach alle führenden Industrieländer außer der Bundesrepublik jetzt im Vorjahresvergleich einen Anstieg der Verbraucherpreise um mehr als 4% – zum Teil beträchtlich mehr – aufweisen, so liegt die Frage nahe, ob aus der gewohnten „schleichenden Inflation“ bereits eine weltweit „marschierende Inflation“ geworden ist.

Eine Erklärung des kräftigen Preisauftriebs setzt zunächst eine weitere Aufgliederung nach Warengruppen voraus. Danach haben Nahrungs- und Genußmittel, die außerhalb Nordamerikas zumindest in den Preisindizes immer noch die größte einzelne Ausgabenkategorie der privaten Haushalte bilden, sich vielfach überdurchschnittlich verteuert. Eine niedrigere Preissteigerung als die Bundesrepublik mit 3,6% im Januar wiesen wiederum nur die Schweiz mit 1,4% und die Niederlande mit 2,7% auf. Demgegenüber waren die Lebensmittelpreise in Frankreich, Großbritannien und den USA um rd. 7% und in Japan sogar um 10% gestiegen. Partiiell wirkten dabei in jüngster Zeit ungünstige Saisoneinflüsse mit. Aber auch die davon nicht betroffenen Nahrungsmittel waren vielfach erheblich teurer als vor Jahresfrist. Offensichtlich spielte der konjunkturell beschleunigte Anstieg der Masseneinkommen eine wichtige Rolle.

Die höchsten Teuerungsraten ergaben sich allerdings in den meisten Industrieländern weiterhin bei den Ausgaben für Wohnungsnutzung. Die Bundesrepublik ist auch hier im Januar 1970 mit einem Anstieg um 4,4% gegenüber dem Vorjahr an die Untergrenze gerückt, nachdem die zuvor von der sukzessiven Mietfreigabe ausgelösten Erhöhungen abgeebbt sind. Ähnlich gering war die Verteuerung der Wohnungsnutzung lediglich in den USA, Italien und Großbritannien. Demgegenüber wiesen die anderen hier berücksichtigten Länder in der Regel Steigerungen zwischen 6% und 9% auf, übertroffen noch von Schweden mit 12%. Auch auf längere Sicht ist die Erhöhung der Mieten – ebenso wie die Verteuerung anderer Dienstleistungen – in den meisten Industrieländern erheblich größer als der Preisanstieg bei Ver- und Gebrauchsgütern.

Stiegende Industriepreise

Wenn auch die gewerblich erzeugten Konsumgüter (d. h. Ver- und Gebrauchsgüter ohne Nah-

rungsmittel) – analog zu überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen in der Industrie – im allgemeinen unterdurchschnittliche Preissteigerungen aufweisen, so ist doch seit einiger Zeit in diesem Bereich eine Reaktion auf die konjunkturelle Anspannung zu beobachten. Die in der Bundesrepublik für Januar registrierte Verteuerung um 2,7% gegenüber dem Stand vor Jahresfrist läßt erkennen, daß hier die Preise gewerblich erzeugter Konsumgüter ihr „Stabilisierungssoll“ bereits nicht mehr erfüllen. Auch im internationalen Vergleich erscheint die relative Position der Bundesrepublik nicht ganz so günstig wie bei den übrigen Warengruppen. So kam es bisher nach den verfügbaren Angaben – zumeist für Bekleidung und Hausrat – in der Schweiz, Schweden und Österreich insgesamt erst zu geringen Verteuerungen; in Belgien waren die Preissteigerungen für diese Güter nicht viel größer als in der Bundesrepublik. Andererseits hatten die Preise gewerblich erzeugter Konsumgüter in Frankreich und Großbritannien, aber auch in den USA und Japan, innerhalb Jahresfrist um 4–5% angezogen. Es handelt sich also um dieselben Länder, in denen sich Nahrungsmittel ebenfalls am stärksten verteuerten; allerdings wirkten dabei in den genannten europäischen Volkswirtschaften Erhöhungen indirekter Steuern mit.

Fürs erste besteht zumindest in den westeuropäischen Industrieländern wenig Aussicht, daß der allgemeine Preisauftrieb durch einen ruhigeren Preisverlauf bei gewerblich erzeugten Konsumgütern mehr als bisher gebremst wird. Die Preisentwicklung auf der Erzeuger- bzw. Großhandelsstufe deutet häufig eher auf das Gegenteil hin. Zwar ist ein internationaler Vergleich hier methodisch problematischer als bei den Verbraucherpreisen. Aber es ist bemerkenswert, daß die verfügbaren Indizes für Industrieerzeugnisse im Sommer 1969 überwiegend erst Preiserhöhungen gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 2–3% verzeichneten, an der Jahreswende 1969/70 aber um 4–6%. Die noch höheren Raten von rd. 9% in Frankreich und Italien sind allerdings durch einen vergleichsweise hohen Anteil von Halbwaren beeinflußt, die sich überall besonders stark verteuerten (z. B. NE-Metalle, Stahl). Bei den Fertigerzeugnissen wiesen in der Regel – in Übereinstimmung mit dem unterschiedlichen Nachfrageüberhang – Investitionsgüter einen größeren Preisanstieg auf als Konsumgüter. Aber auch bei letzteren ist die Beschleunigung deutlich ausgeprägt. Im Gegensatz zu den Verbraucherpreisen sind die Großhandelspreise für industrielle Erzeugnisse in Japan und den USA mit rd. 2% bzw. weniger als 4% nicht so kräftig gestiegen wie in Westeuropa.

Ausgehend von dem jetzt erreichten Preisniveau läßt sich absehen, daß die Verteuerung der Lebens-

haltung im Jahresdurchschnitt 1970 in der Bundesrepublik wiederum geringer sein dürfte als in den wichtigsten anderen Industrieländern. Allerdings ist nach dem Sprung am Jahresbeginn selbst bei günstigen Annahmen über den weiteren Verlauf und unter der Voraussetzung normaler Ernten ein Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik für das gesamte Jahr von 3,5 % (Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) eine optimistische Schätzung; andererseits sind mehr als 4 % unwahrscheinlich. Eine entsprechende Kalkulation läßt im Ausland lediglich in der Schweiz und den Niederlanden für 1970 eine geringere Erhöhung der Verbraucherpreise als 4 % erwarten, während in den anderen hier behandelten Industrieländern durchweg mit einem Anstieg um 4–5 % gerechnet werden muß, in Japan sogar mit etwa 6 %. Damit wird die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt überwiegend höher sein als 1969. Lediglich bei den bisherigen „Spitzenreitern“ ergibt sich eine – zumeist geringe – Ermäßigung. Sie beruht darauf, daß im Vorjahr wirtschaftspolitische Eingriffe (vornehmlich die Erhöhung indirekter Steuern sowie in Frankreich auch die Franc-Abwertung) preistreibend gewirkt hatten; allein in den USA werden mit dem Fortgang der Rezession auch bereits konjunkturelle Dämpfungsfaktoren wirksam.

Langfristige Unterschiede

Gerade die vergangenen Jahre haben angesichts der ausgeprägten Ungleichgewichte in den internationalen Leistungsströmen den Blick dafür geschärft, daß Unterschiede in den nationalen Teuerungsraten nicht isoliert im Rahmen eines abstrakten „Wettbewerbs um Stabilität“ gewertet werden dürfen, sondern daß ihre funktionale Bedeutung in einer zunehmend verflochtenen Weltwirtschaft immer spürbarer wird. Dabei kann für die einzelne Volkswirtschaft entweder die Frage der externen Einflüsse auf die inländische Preisentwicklung über den direkten internationalen Preiszusammenhang oder die Frage nach Veränderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern im Vordergrund stehen. Für diese Betrachtung sind allerdings längerfristige Vergleiche notwendig, weil das kurzfristig entstehende Preisgefälle in der Regel zu gering ist, um gegenüber dem Einfluß eines internationalen Konjunkturgefälles – und sei es nur in Form einer Phasenverschiebung zwischen den einzelnen Volkswirtschaften – nennenswerte Bedeutung erlangen zu können. Im folgenden soll 1963 als Ausgangsbasis dienen, da es weltwirtschaftlich als Jahr normalen Wachstums gekennzeichnet werden kann und, speziell aus deutscher Sicht, die erste DM-Aufwertung ihre Wirksamkeit bereits voll entfaltet hatte.

Über den gesamten Zeitraum 1963–1969 hinweg wies die Bundesrepublik unter den hier behandelten Industrieländern mit einem Anstieg um 16 % die mit Abstand geringste Erhöhung der Verbraucherpreise auf. In den meisten anderen Volkswirtschaften erreichten die entsprechenden Teuerungsraten zwischen 20 % (USA) und 27 % (Großbritannien), in Japan und den Niederlanden sogar 34 % bzw. 35 %. Eine nähere Analyse zeigt allerdings, daß in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums, von 1963–1966, die Preissteigerungen in den USA und Frankreich geringer als in der Bundesrepublik und in mehreren anderen Ländern nur wenig höher waren. Erst in der deutschen Rezession 1966/67 löste sich die Bundesrepublik aus dem internationalen Preiszusammenhang und verzeichnete danach die geringsten Verteuerungen. Ein weitgehend ähnliches Bild ergibt sich im übrigen auch, wenn als umfassender Maßstab die Preisindizes des Bruttosozialprodukts für den Vergleich benutzt werden.

Abweichender Verlauf der Ausführpreise

Trotz dieser eindeutigen Ergebnisse sind jedoch daraus gesicherte Rückschlüsse auf die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften kaum möglich. Das beste Beispiel bietet Japan. Der Preisauftrieb für alle Güter und Dienstleistungen im Inland war dort in den letzten sechs Jahren etwa doppelt so stark wie in der Bundesrepublik, aber die Preise der Ausfuhrerzeugnisse wurden weitaus weniger erhöht als in der Bundesrepublik. In Italien lassen die verfügbaren Angaben sogar auf einen leichten Rückgang der durchschnittlichen Ausführpreise schließen, obwohl das Inlandspreisniveau sich mehr als in der Bundesrepublik erhöhte. Andererseits scheinen sich die Exporte der USA stärker verteuert zu haben als die der meisten übrigen Industrieländer, obwohl Verbraucherpreise wie Preisindex des Bruttosozialprodukts, abgesehen von der Bundesrepublik, am wenigsten gestiegen sind.

Für einen umfassenden exakten Vergleich sind allerdings die vorhandenen Ausführpreisindizes sowohl zu verschiedenartig wie auch zu lückenhaft. Insofern ist es unmöglich festzustellen, ob mit der zweiten DM-Aufwertung für deutsche Exporteure insgesamt lediglich ein seit der ersten Aufwertung neu entstandener Preisvorteil gegenüber den ausländischen Konkurrenten neutralisiert worden oder ein echtes Handikap entstanden ist. Immerhin ist letzteres im Verhältnis zu Herstellern in Frankreich und Großbritannien anzunehmen, die durch den kombinierten Effekt von DM-Aufwertung und Franc- bzw. Pfundabwertung zunächst eine rechnerische Verbesserung ihrer Position gegenüber den deutschen Herstellern um

23 % bzw. fast 28 % erlangt haben. Tatsächlich schrumpft die Spanne jedoch, verglichen mit einer Entwicklung ohne Wechselkursänderung, durch die entgegengesetzten Folgewirkungen von Auf- und Abwertung auf das jeweilige nationale Preisniveau zusammen. Überdies nutzten die französischen und britischen Hersteller einen mehr oder weniger großen Teil der Kursgewinne nicht zu Preissenkungen, sondern zur Aufbesserung ihrer Erträge.

Konjunkturpolitische Fehlsteuerung

Ein Vergleich über einen längeren Zeitraum bestätigt auch die besondere Stärke des gegenwärtigen weltweiten Preisauftriebs. Zwar wiesen unter den wichtigsten Industrieländern die Bundesrepublik, Italien und Japan noch Mitte der sechziger Jahre größere Steigerungen der Verbraucherpreise als zur Zeit auf. Aber in den USA, Großbritannien und Frankreich traten so hohe Teuerungsraten wie 1969/70 im vorangegangenen Jahrzehnt nicht auf. Vor allem aber ist es längerfristig gesehen ein neues Phänomen, daß nahezu alle Industrieländer in Westeuropa und Nordamerika – wie für 1970 zu erwarten – einen Anstieg der Verbraucherpreise zwischen 3,5 % und 5 % verzeichnen, von Japan mit 6 % noch übertroffen.

Der Überblick zeigt, daß der weltweite konjunkturelle Aufschwung, der in den OECD-Ländern innerhalb von zwei Jahren eine Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts um rd. 21 % zur Folge hatte, die konjunkturpolitischen Instanzen fast ausnahmslos überfordert hat. Zweifellos spielte dabei ein Kollektivirrtum über die Stärke der tragenden Kräfte eine Rolle, wie die allgemeine Unterschätzung des Exportbooms in Westeuropa erkennen läßt. Von erheblicher Bedeutung war in diesem Zusammenhang der überaus lange Bremsweg in den USA, wo die im zweiten Halbjahr 1968 ergriffenen Maßnahmen zur Nachfragedämpfung

erst ein Jahr später voll wirksam wurden. Die weltweite Anspannung schlug sich nicht nur in der Preisentwicklung in den Industrieländern selbst nieder, sondern auch die Bezüge aus Rohstoffländern verteuerten sich ganz erheblich. So erhöhte sich etwa der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv berechnete Index der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe 1969 um fast 8 %.

Nachdem die Wirtschaftspolitik der führenden Industrieländer in der Vergangenheit die konjunkturellen Übersteigerungen zugelassen hat, die die weltweite Preiswelle zur Folge hatten, ist es jetzt eine schwierige Aufgabe, die baldige Rückkehr auf einen Pfad gleichgewichtigeren Wachstums zu gewährleisten. Das Dilemma ergibt sich vor allem daraus, daß Preissteigerungen als Indiz für Fehlentwicklungen mit erheblicher Verzögerung auftreten. Das wird besonders deutlich in den USA, wo der Preisauftrieb bisher trotz beginnender Rezession kaum nachgelassen hat. Für die westeuropäischen Länder außerhalb der Bundesrepublik kommt noch als zusätzliches nichtkonjunkturelles Moment die Preiswelle hinzu, die durch die Verteuerung der deutschen Ausfuhr als Folge der DM-Aufwertung ausgelöst wurde. Neue Stabilisierungsmaßnahmen aber würden die Nachfrage erst voll treffen, wenn vermutlich die sich ohnehin anbahnende konjunkturelle Dämpfung bereits zu einer Entspannung geführt hat.

Abstimmung der Stabilitätsziele

Das Hauptaugenmerk sollte sich daher jetzt auf die Vermeidung künftiger Fehlentwicklungen richten. Dazu reicht – wie die Entwicklung der sechziger Jahre gezeigt hat – die nationale Orientierung nicht mehr aus. Die internationale Abstimmung aber darf nicht erst bei den Maßnahmen beginnen, sondern sie muß schon vorher bei den preispolitischen Zielvorstellungen ansetzen, wenn

Preisindizes für die Lebenshaltung in westlichen Industrieländern

Land	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970 ¹⁾	1963–1969
	Anstieg gegenüber Vorjahr in %							Anstieg in %
Belgien ²⁾	4,2	4,1	4,2	2,9	2,7	3,8	4,5	23,8
Bundesrepublik Deutschland	2,4	3,1	3,7	1,7	1,6	2,7	3,5	16,1
Frankreich	3,4	2,5	2,7	2,7	4,6	6,4	5,0	24,4
Großbritannien	3,3	4,7	3,9	2,5	4,7	5,5	4,5	27,2
Italien	5,9	4,5	2,4	3,2	1,4	2,6	5,0	21,6
Niederlande	5,8	4,9	5,8	3,4	3,7	7,5	3,5	35,3
Österreich	3,8	5,0	2,2	3,9	2,8	3,0	4,0	22,6
Schweden	3,4	5,0	6,4	4,3	1,9	2,7	4,0	26,1
Schweiz	3,1	3,4	4,8	3,9	2,5	2,5	3,0	22,0
USA	1,3	1,7	2,9	2,8	4,2	5,4	5,0	19,7
Japan	3,9	6,6	5,2	4,0	5,4	5,2	6,0	34,1

¹⁾ Eigene Vorausschätzung. ²⁾ Ohne Wohnungsnutzung.

Quellen: OECD, Main economic indicators. Nationale Statistiken.

den zunehmenden Relativierungstendenzen – „kein größerer Preisanstieg als im Ausland“ – in führenden Industrieländern entgegengewirkt werden soll. Die Diskussion um die Zielvorstellungen in einem Memorandum der EWG-Kommission, das für 1971–1975 einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in der Bundesrepublik von 2–2,5% und in der Gemeinschaft insgesamt von 2,5–3% nennt, gibt schon einen Vorgeschmack der zu erwartenden Schwierigkeiten. Dabei wird es nützlich sein, die Argumentation von moralisier-

rendem Beiwerk freizuhalten. Die Bundesrepublik wird sich bei fortschreitender Verwirklichung der Wirtschaftsunion immer weniger von den Tendenzen in den Partnerländern isolieren können, aber sie kann auch nicht beanspruchen, allein den Maßstab zulässiger Preissteigerungen zu bestimmen. Diese Erkenntnis fällt sicherlich leichter, wenn nicht vergessen wird, daß die relative Preisruhe in der Bundesrepublik in den Jahren 1967–1969 mit der vorangegangenen Rezession sehr teuer erkaufte war.

Der konjunkturneutrale Haushalt

Auch Sachverständige irren

S. 545 ff

Peter Ollmann, Hamburg

Seit drei Jahren propagiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein neues Konzept, das es seiner Ansicht nach gestattet, die konjunkturellen Wirkungen der Budgetentwicklung zu beurteilen – das Konzept des „konjunkturneutralen“ Haushalts. Die bisherigen Stellungnahmen zu diesem Konzept waren nicht ermutigend. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen verwendet den Ausdruck „konjunkturneutral“ nur mit dem einschränkenden Zusatz „... vorausgesetzt, dieses Kriterium ließe sich überhaupt hinreichend exakt bestimmen und anwenden“¹⁾. Die Bundesregierung unterstreicht in ihren Stellungnahmen²⁾ vor allem die Schwierigkeiten, die sich einer an der Wirkung orientierten zeitlichen Abgrenzung sowie einer Bestimmung der unterschiedlichen Multiplikator- und Impulswirkungen der einzelnen Budgetposten entgegenstellen, und kündigt insbesondere „die Entwicklung eines praktischen Verfahrens zur Messung konjunktureller Wirkungen der öffentlichen Haushalte“ an. Es wirkt geradezu belustigend, wenn sie gleichzeitig erklärt, „die grundsätzliche Diagnose des Sachverständigenrates, daß der öffentliche Gesamthaushalt im Jahre 1969 konjunkturuell kontraktiv gewirkt habe“, bleibe von ihrer Kritik an der verwendeten Methode unberührt. Angesichts der zentralen Po-

sition, die die öffentlichen Haushalte im Rahmen der Stabilisierungspolitik einnehmen, erscheint deshalb eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Konzept des Rats dringend geboten.

Konjunkturneutrale Budgetentwicklung

Konjunkturelle Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Situation sind gekennzeichnet durch Veränderungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Da die Zuwachsraten des Produktionspotentials – im Folgenden g genannt – bei genügend kurzfristiger Betrachtung als gegeben angenommen werden kann, ist es zulässig, Unregelmäßigkeiten in der Nachfrageentwicklung als die überwiegende Ursache konjunktureller Schwankungen anzusehen. Solange also die Nachfrage mit der gleichen Rate wie das Produktionspotential, d. h. mit der Rate g wächst, bleibt der Auslastungsgrad und damit die konjunkturelle Lage unverändert. Nimmt die Nachfrage mit einer höheren als der Rate g zu, so daß der Auslastungsgrad steigt, liegt ein Aufschwung vor. Entsprechend läßt sich ein konjunktureller Niedergang kennzeichnen.

Peter Ollmann, 34, Diplom-Volkswirt, lehrt Volkswirtschaftslehre im Rahmen der Wirtschaftswissenschaftlichen Studienkreise in Hamburg.

¹⁾ Aktuelle konjunktur- und strukturpolitische Fragen der Finanzpolitik, Gutachten vom 10. 1. 1970, Ziffer 2.

²⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1969, Ziffer 11; 1970, Ziffer 4.